

**MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT,
ARBEIT UND WOHNUNGSBAU
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 01 41 70001 Stuttgart
E-Mail: poststelle@wm.bwl.de
Telefax: 0711 123-2121

An die
Präsidentin des Landtags
von Baden-Württemberg
Frau Muhterem Aras MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Stuttgart 12.12.2019
Durchwahl 0711 123- 2465
Name Bernd Reuter
Aktenzeichen 44-431/Tesla Motors
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich – ohne Anlagen –

Staatsministerium

Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Born SPD
- Standortsuche Tesla-Großfabrik
- Drucksache 16/7285

Ihr Schreiben vom 21. November 2019

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Hat sich die Landesregierung bei der Standortsuche für die neue Tesla-Großfabrik für die Vergabe an einen Standort in Baden-Württemberg eingesetzt und wenn ja, wie?*
- 2. Welche Standorte in Deutschland standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?*
- 3. Welche Standorte in Baden-Württemberg standen nach Kenntnis der Landesregierung zur Auswahl?*

Zu 1. bis 3.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen zu den Ziffern 1. bis 3. gemeinsam beantwortet.

Anfang Juli 2019 kam Tesla mit einer Standortanfrage für eine Automobilproduktion (Montagewerk) in Baden-Württemberg auf die Landesagentur Baden-Württemberg International zu. In einer gemeinsamen Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit dem Staatsministerium und Baden-Württemberg International wurde dem Unternehmen ein Standort im badischen Lahr angeboten; dabei handelte es sich um eine Fläche neben dem Lahrer Flughafengelände. Die Landesregierung hatte bereits im Sommer 2018 gegenüber Tesla ihr Interesse an einer Ansiedlung des Unternehmens in Baden-Württemberg bekundet und in einem ausführlichen Exposé an Tesla auf die Standortvorteile des Landes hingewiesen.

Presseberichten zu Folge haben mehrere Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz ebenfalls öffentlich ihr Interesse bekundet. Ob und mit welchen Standorten diese Bundesländer dann gegenüber Tesla konkret geworben haben, ist der Landesregierung nicht bekannt.

4. *Liegen ihr Erkenntnisse vor, warum die Wahl nicht auf einen baden-württembergischen Standort fiel bzw., falls kein baden-württembergischer Standort zur Auswahl stand, warum dies so war?*

Zu 4.:

Die Tesla Germany GmbH teilte am 7. November 2019 dem Amtschef des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau telefonisch mit, dass der von Baden-Württemberg vorgeschlagene Standort für eine Automobilproduktion aktuell nicht berücksichtigt werde. Entscheidend sei hierfür gewesen, dass die vorgeschlagenen Flächen für die erweiterte Flächennachfrage von Tesla nicht ausreichend gewesen seien. Nach Presseberichten kann Tesla in Brandenburg mit 300 Mio. Euro EU-Zuschüssen rechnen. Da Baden-Württemberg keine strukturschwachen Gebiete aufweist, ist es nach EU-Beihilferecht hierzulande nicht möglich, Unternehmen in dieser Größenordnung direkt zu fördern.

5. *Ist ihr bekannt, ob die Grenznähe zu Frankreich in Bezug auf baden-württembergische Standorte eine Rolle spielte, da dies im Zusammenhang mit einem möglichen Standort im Saarland diskutiert wurde?*

Zu 5.:

Im Zusammenhang mit einer möglichen Ansiedlung einer Batterieproduktion von Tesla wurde in den Medien im Sommer 2018 auch über ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden von Tesla, Elon Musk, und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron berichtet, ein deutsch-französisches Projekt zur Batterieproduktion und zur Automobilproduktion initiieren zu wollen. Laut Tweet vom 19. Juni 2018 hatte ein Vertreter der Tesla Germany GmbH einen Standort „möglicherweise an der deutsch-französischen Grenze nahe den Benelux-Ländern“ thematisiert. Welche Bedeutung diesem Umstand im Entscheidungsprozess zukam, ist der Landesregierung nicht bekannt. Der von Seiten der Landesregierung vorgeschlagene Standort Lahr hätte dieses Kriterium erfüllt.

6. *Wie sieht die Landesregierung die weitere Entwicklung des Automobilstandorts Baden-Württemberg nach der Tesla-Entscheidung?*

Zu 6.:

Die Automobilindustrie erlebt aktuell eine deutliche Beschleunigung im Wandel der Mobilität und der damit verbundenen Transformation. Die zunehmende Dynamik wird überlagert von schwelenden Handelskonflikten und schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen auf wichtigen Märkten. Diese Gemengelage stellt Fahrzeughersteller, Zulieferer und Fabrikausrüster aktuell vor große Herausforderungen. Die Branche reagiert mit entsprechenden Sparmaßnahmen, gleichzeitig aber auch mit wichtigen Zukunftsinvestitionen. Baden-Württemberg ist als bedeutender Automobilstandort mit qualifizierten Fachkräften und einer hervorragenden Forschungsinfrastruktur prädestiniert für den Aufbau von Zukunftstechnologien im Automobilbereich und setzt diesen bereits mit Hochdruck um. Bereits heute stellen Zulieferer aus Baden-Württemberg wesentliche Komponenten auch für internationale Fahrzeughersteller wie beispielsweise Tesla bereit. Der Wertschöpfungsanteil baden-württembergischer Unternehmen wird erwartungsgemäß auch bei diesen Fahrzeugen einen signifikanten Anteil ausmachen. Unter dem Dach des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW gestaltet die Landesregierung gemeinsam u. a. mit der Wirtschaft und Wissenschaft sowie unter Beteiligung der Zivilgesellschaft den Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft. Dazu setzen wir ganz konkrete Maßnahmen wie z. B. die Realisierung eines

flächendeckenden Sicherheitsladenetzes für Elektrofahrzeuge (SAFE) oder die Förderung von alternativen Antriebstechnologien bei der Batteriezellforschung, Wasserstofftechnologie oder den synthetischen Kraftstoffen um. Das Ziel der Landesregierung ist es, mit dem Strategiedialog die Rahmenbedingungen für das Automobilcluster in Baden-Württemberg so zu setzen, dass Innovationen und neue Geschäftsmodelle in unserem Land entwickelt und zur Serienreife gebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau